„Kein Kind zurücklassen“: Ministerin stellt Verlängerung in Aussicht

Vor rund 80 Fachleuten und Interessierten stellte Landesjugendministerin Ute Schäfer am Montagabend in Lünen eine Fortführung der Kooperation zwischen Land und Kreis in Aussicht. Sie selbst zeigte sich sehr zufrieden mit den erreichten Zielen im Kreis mit seinen teilnehmenden neun Kommunen. „Die Modellregion Kreis Unna habe sich vorbildlich präsentiert und viel erreicht.“ Dieses Urteil sehe sie auch im Zwischenbericht bestätigt.

Ministerin Ute Schäfer

Die Ministerin war am Montagabend einer gemeinsamen Einladung des SPD Unterbezirks, der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik und der sozialdemokratischen Kreistagsfraktion in das Bürgerzentrum Lünen-Gahmen unter Leitung von Thomas Semmelmann und Hartmut Ganzke gefolgt. Ihr positives Resümee der ersten Projektphase wurde auch von den Podiumsteilnehmern geteilt. Insbesondere die gemeinsame Aktion „Brücken für Familien“ habe erste Erfolge bei der Kooperation unterschiedlicher Akteure und Ämter gezeigt. „Vom Kind oder vom Jugendlichen aus denken, das ist die Herausforderung, der man sich stellen muss und nicht aus der eigenen Zuständigkeit“, so die Ministerin.

Das Podium war sich aber auch einig in der Einschätzung, dass im Kreis Unna immer noch Einiges in dieser Hinsicht verbessert werden könne. Rolf Möller, stellvertretender Bürgermeister der Stadt Lünen und SPD-Kandidat für das Bürgermeisteramt bei der Wahl im September, kann ein positives Resümee bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Gastfamilien für

seine Stadt ziehen. Es sei gelungen, diese Alternative zur teuren Heimunterbringung erfolgreich auszubauen. Für die Zukunft möchte sich Möller verstärkt der frühkindlichen Erziehung widmen: „Da sind uns andere Kommunen voraus, da können wir in der Zusammenarbeit noch lernen“.

Den Aspekt der interkommunalen Zusammenarbeit hebt auch der Vorsitzende des Kinder- und Jugendhilfeausschusses beim Kreistag Theo Rieke hervor. „Da sind wir im Verlauf des Projektes ein gutes Stück weitergekommen“, sagt der Holzwickeder und will diesen Schwung auch in die nächste Phase mitnehmen.

Die Bergkamener Beigeordnete Christine Busch beschreibt den Ansatz des Familienbüros in Ihrer Stadt. Dessen Aufgabe es sei, Familienhilfe an einer Stelle zu organisieren – idealerweise schon vor der Geburt des Kindes.

Auch aus dem Publikum kommen weitere Beispiele gelungener Ansätze, aber auch der ein oder andere skeptische Beitrag, vor allem in Bezug auf die Finanzierbarkeit angesichts leerer kommunaler Kassen und neuer Herausforderungen. Letzteres beschreibt die Ministerin selbst am Beispiel der unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge, deren Zahl sprunghaft steige und die kommunalen Haushalte enorm belaste. Nicht nur bei diesem Thema sehen die Ministerin und andere Podiumsmitglieder neben Land und Kommunen auch den Bund in der Pflicht.

Insgesamt stehe gerade die Prävention unter starkem Finanzierungsdruck und in der ständigen Gefahr dem Sparzwang öffentlicher Kassen zum Opfer zu fallen. Die Ministerin sieht das so: „Schaden am Kind zu verhindern ist eine freiwillige Leistung der Kommunen, entstandenen Schaden zu beheben allerdings eine kommunale Pflichtaufgabe“, sagt sie. „Prävention kostet aber nur einen Bruchteil von dem, was die Reparatur kostet, wenn das überhaupt funktioniert. Auch vor diesem Hintergrund macht das Projekt „Kein Kind zurücklassen!“ Sinn“, resümiert Ute Schäfer und freut sich auf die weitere

Zusammenarbeit mit dem Kreis Unna.